

## Auch CDU für neues Denkmal

Konsens über „Arisierungsmahnmal“

VON FRANK HETHEY

**Bremen.** Ein Anliegen, zwei Anträge: Für die Errichtung eines „Arisierungsmahnmals“ in Bremen setzt sich jetzt auch die Bürgerschaftsfraktion der CDU ein. Damit wird es bei der Sitzung der Stadtbürgerschaft diesen Dienstag zwei Dringlichkeitsanträge nahezu identischen Inhalts geben. In ihren Anträgen fordern Grüne, SPD und Linke wie auch die CDU ein Denkmal zur Erinnerung an die Ausplünderung der europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg.

Damit erhält die Debatte neuen Schwung, nachdem die Initiative der Tageszeitung (taz) zur Errichtung eines Denkmals auf dem Kühne + Nagel-Gelände am Widerstand des Logistikunternehmens vorerst gescheitert war. Abweichungen gibt es allerdings in der Standortfrage: Während Grüne, SPD und Linke einen Platz im Kühne+Nagel-Umfeld favorisieren, will sich die CDU nicht von vornherein festlegen. Ein Drittel der Kosten soll nach Ansicht von Grünen, SPD und Linken der Senat beisteuern und eine zumindest gleich hohe Summe von damals beteiligten, noch heute bestehenden Unternehmen in Bremen kommen. Bei zusätzlichem Finanzbedarf setzen die Antragsteller auf private Spenden. Einen „möglichst breiten und konsensorientierten Dialogprozess“ von Politik, Verwaltung und Wirtschaft strebt die CDU an. Wobei die Partei ebenfalls verstrickte Unternehmen finanziell in der Pflicht sieht. Die Umsetzung gestalten und modernisieren soll der Landesbeirat für Kunst im öffentlichen Raum.

Fachliche Unterstützung erhofft sich die CDU von der Landeszentrale für politische Bildung. Ziel sei ein Konzept zu Inhalt, Ort, Finanzierung sowie fachlicher und pädagogischer Gestaltung. Unter Einbeziehung bestehender Entwürfe soll ein Ideenwettbewerb das Projekt realisieren. Zur parlamentarischen Projektbegleitung schwebt der CDU ein interfraktioneller Arbeitskreis vor.

## Trickdieb trägt Fellmütze

**Bremen.** In seinem Haus in Huchting ist ein 84-jähriger Rollstuhlfahrer bestohlen worden. Laut Polizei wurde er am Sonntagmittag an der Tür angesprochen: Ein Unbekannter gab an, er brauche etwas zum Schreiben. Dabei schob er den 84-Jährigen zurück ins Haus, wo er Geld und Schmuck stahl. Der Dieb trug eine auffällige Bärenfellmütze und eine dunkle Kapuzenjacke. Er wird als etwa 30 Jahre alt, schlank und mit dunklem Teint beschrieben. Ein Komplize soll vor dem Haus gewartet haben. Noch während die Polizei die Anzeige aufnahm, wurde ihr ein versuchter Trickdiebstahl in der Nähe gemeldet. Auch dort soll der Täter eine auffällige Fellmütze getragen haben. In diesem Fall wollte er eine 91-jährige Frau bestehlen, er erzählte ihr, dass sich sein Hund vermutlich in ihrem Garten aufhalte. Sie ließ sich jedoch nicht täuschen. Hinweise unter Telefon 362-3888. EHO

## Straßensperrung nach Wasserrohrbruch

**Bremen.** Nach einem Wasserrohrbruch ist die Schaumburger Straße (Östliche Vorstadt) am Montagabend komplett gesperrt worden. Ausströmendes Wasser hatte Teile der Straße unterspült, Autovekehr wäre zu gefährlich, sagte ein Sprecher der SWB. Das Rohr war kurz vor 20 Uhr gebrochen, die Ursache ist noch unklar. Betroffen sind nach ersten Schätzungen der SWB rund 35 Haushalte an der Schaumburger Straße und von Anliegern. Bis zum Morgen würden sie kein Wasser haben, sagte der Sprecher am Montagabend. EHO

## STADTUMSCHAU

Mit einer Sonderausstellung zur Weihnachtszeit öffnet „Dat lüttje Museum“ in Arsten am Mittwoch, 9. November, seine Türen. In diesem Jahr werden „Kinderbriefe an den Weihnachtsmann“ aus den 70er-Jahren gezeigt sowie selbst gebastelte Puppenmöbel. Das Museum, in der Tränke 12, ist von 14 bis 18 Uhr geöffnet, der Eintritt ist frei. Näheres unter Telefon 829 136.

„Kleine Modelle, großer Fahrspaß“ - unter diesem Motto bringt Euro-Modell am 12. und 13. November die Welt des Modellbaus in die Messehallen. Die Besucher treffen in den Hallen 6 und 7 auf Modellbauer mit Modellen, Elektronik, Werkzeug, Bausätzen und mehr.

Zu einem literarischen Ausflug nach Bremerhaven mit französischen Autoren laden das Institut français Bremen, das Festival Globale und die Universität am Sonntag, 12. November. Treffpunkt ist das Institut français, Contrescarpe 19, um 10 Uhr. Anmeldung per E-Mail an kultur.bremen@institutfrancais.de oder unter Telefon 339 44 13.

REDAKTION BREMEN  
Telefon 0421/36 71 36 90  
Fax 0421/36 71 10 06  
Mail: lokales@weser-kurier.de

## Weil drei Prozesse nach Herzinfarkt einer Richterin zu platzen drohen, zieht das Landgericht nach Barnstorf um

VON RALF MICHEL

**Bremen.** Freundliche Leute, die Mitarbeiter im Rathaus der Samtgemeinde Barnstorf. Ein Zettel auf der Scheibe der Eingangstür zeugt von einem großen Herzen für Besucher: „Haben Sie an Ihre Parkscheibe gedacht?“ Nur zwei Schritte weiter begrüßt im Gebäude ein großes Plakat die Gäste: „Herzlich willkommen!“ Der Blick fällt auf eine Vitrine mit regionalen Souvenirs. 7,50 Euro kostet eine Tasse vom Barnstorfer Ballonfahrer-Festival, zehn Euro sind für „Die Geschichte des Fleckens Barnstorf“ zu berappen.

Doch den Besuchern an diesem Montagmorgen geht es weder um Ballonfahrten noch um regionale Geschichte. Und sie müssen auch kein Knöllchen auf dem Parkplatz der Samtgemeinde fürchten, denn sie sind mit dem Taxi gekommen. Richter, Schöffen, Staatsanwalt, Protokollantin, Wachtmeister – das gesamte Personal für drei große Strafkammersitzungen am Landgericht. Nur, dass diesmal nicht in Bremen verhandelt wird, sondern in Barnstorf, mitten im Landkreis Diepholz.

Auf dem Programm stehen ein Wirtschaftsverfahren und zwei Fälle, bei denen die Angeklagten vorübergehend in der Psychiatrie untergebracht sind. Doch eigentlich geht es darum nicht, an diesem Morgen in Barnstorf. Entscheidend ist, dass überhaupt verhandelt wird. Alle drei Prozesse drohen zu platzen, nachdem Richterin Erika Segond Anfang Oktober einen Herzinfarkt erlitt.

„In einer laufenden Hauptverhandlung kann kein Vertreter eingesetzt werden, die Richter müssen von Anfang bis Ende dabei sein“, erklärt Thorsten Prange, Vorsitzender Richter in zwei der drei Verfahren.

### „Kein Prozess platzt wegen gesundheitlicher Probleme von Richtern.“

Richterin Erika Segond

„Sonst müssen wir die Verfahren abbrechen und noch einmal komplett von vorne beginnen.“

Doch das kam für Erika Segond nicht infrage. „Kein Prozess platzt wegen gesundheitlicher Probleme von Richtern“, bringt sie ihr Berufsethos auf den Punkt. Schließlich bedeute so ein Verfahren für Angeklagte, Opfer und Zeugen eine enorme Belastung. Da sei es „Ehrensache“, den Prozess zu Ende zu bringen. Und in Bremen sei das auch üblich, betont die 60-Jährige.

Die Richterin wohnt in Drebbler, 70 Kilometer oder mehr als eine Autostunde entfernt vom Landgericht an der Domscheide. Bis zum Rathaus in Barnstorf sind es dagegen nur knappe zehn Minuten mit dem Wagen. „An die Fahrt nach Bremen war nicht zu denken, aber hierher kann mein Mann mich bringen. Das geht schon in Ordnung“, sagt sie.

Aber dies erfordert einen erheblichen logistischen Aufwand. Alle Prozessbeteiligten in Bremen pünktlich einzusammeln und nach Barnstorf zu transportieren, sei da noch das kleinste Problem, erzählt Richter Prange. Kniffliger sei es, die Öffentlichkeit zu gewährleisten. Gelingt dies nicht, wäre das ein klassischer Revisionsgrund. Also hängen an der Tür des Saales 249 im Bremer Landgericht Zettel, die etwaige Besucher darauf hinweisen, wo verhandelt wird – Am Markt 4 in 49406 Barnstorf. Wer teilnehmen möchte, kann sich an den Pförtner des Landgerichts wenden – und wird mit dem Taxi in den Landkreis Diepholz gefahren.

Aber was ist mit Zuschauern, die erst kurz vor Prozessbeginn um 10 Uhr kommen? Prange grinst. Auf diese Frage hatte er gehofft. „Unmittelbar vor Beginn jedes Verfahrens erkundigen wir uns telefonisch beim Pförtner in Bremen, ob sich jemand bei ihm



Vor jeder Verhandlung wird Rücksprache mit Bremen gehalten. Haben sich beim Pförtner des Landgerichts Zuschauer gemeldet, die nach Barnstorf transportiert werden müssen? Die Richter Thorsten Prange, Erika Segond und Nikolai Sauer (v.r.) mit Sabina Kettler von der Samtgemeinde. FOTO: MIC



Anreise per Sammeltaxi: Richter, Schöffen und Wachleute vor dem Rathaus.



Taugt auch als Sitzungssaal für Landgerichte: der Barnstorfer Ratssaal.

gemeldet hat.“ Wäre dies der Fall, würde gewartet, bis der Besucher in Barnstorf ist. Und Zuschauer, die erst kommen, wenn die Verhandlung schon begonnen hat? „Der Pförtner hat die Nummer des Rathauses. Die sagen uns Bescheid, und wir unterbrechen dann sofort die Verhandlung und warten.“

Am Montag ist dies nicht nötig, es kommen keine Zuschauer. Um 10.07 Uhr eröffnet Prange das erste Verfahren. Im eigens fürs Landgericht eingeweihten Ratssaal, wie der Richter anmerkt. Wie schon erwähnt – freundliche Mitarbeiter.

Prange verliest einen Antrag ans Amtsgericht Bremen. Es geht um die betreuungsrechtliche Unterbringung der Angeklagten. Das Papier wird nur verlesen, zu entscheiden ist nichts. Weder Verteidiger noch Staatsanwalt melden sich zu Wort, schon nach acht Minuten unterbricht der Vorsitzende Richter die Hauptverhandlung bis zum 28. November. Drei Wochen Zeit für die Genesung von Richterin Segond.

Richterin Maike Wilkens braucht im nächsten Prozess sogar nur sieben Minuten, und hier liegt der eigentliche Schlüssel für

die drei synchronisierten Hauptverhandlungen. In keinem der Fälle wird im eigentlichen Sinne verhandelt. Es geht darum, gesetzlich vorgeschriebene Termine für die Fortsetzung von Prozessen einzuhalten. „Wir verlesen lediglich Urkunden und retten damit die Hauptverhandlung“, erklärt Prange. Möglich sei dies aber nur, weil alle Beteiligten, und hier vor allem die Verteidiger, mitgespielen.

Nur einmal gerät das Ganze ins Stocken. Die Anwältin im dritten Fall soll auf dem Weg von Bremerhaven im Stau stecken. Pranges Versuch, sie mobil zu erreichen, scheitert. Freundlich sind sie in Barnstorf, aber das ändert nichts an dem Funkloch Am Markt 4. Gerade, als es der Richter via Festnetz am Empfang des Rathauses versuchen will, taucht die Verteidigerin auf. Nach einer Viertelstunde ist auch diese Verhandlung abgehakt. Gerade 48 Minuten hat der Gerichtstag gedauert, dann packen Richter, Staatsanwalt und Protokollantin ihre Sachen. Vor der Tür warten schon die Taxen.

Viel Aufwand, räumt Prange ein. Doch der lohne sich. Die Prozesse neu beginnen zu

müssen, würde die Staatskasse Zigtausende kosten, sagt er. „Allein in der Wirtschaftssache haben wir ja schon seit über einem Jahr verhandelt.“

Und so ungewöhnlich sei das Rathaus als Verhandlungsort gar nicht. Anfang des Jahres habe man eine Verhandlung in ein italienisches Lokal in Borgfeld verlegt („Ohne Essen und Getränke!“), um einer fiebernden Kollegin, die unweit von dem Lokal wohnt, die Teilnahme zu ermöglichen. Richterin Erika Segond nickt. „Ich habe auch schon mal am Krankenbett einer Schöffin verhandelt.“

Um kurz nach elf verlässt der Bremer Landgerichts-Tross Barnstorf. Nicht, ohne sich noch einmal ausdrücklich am Empfang bei Sabina Kettler für die Unterstützung zu bedanken. Als die hört, dass es eventuell das letzte Mal gewesen sein könnte, dass das Bremer Gericht nach Barnstorf ausweicht, lacht sie. „Schade, denn bringen Sie unseren Rathausbetrieb ja gar nicht mehr durcheinander.“ Freundlich sind sie in Barnstorf. Aber nicht auf den Mund gefallen.

## Asta startet Petition gegen Bundeswehr-Kooperation

Vertrag für dualen Informatik-Studiengang ist laut Rechtsanwalt unzulässig

VON ALICE ECHTERMANN

**Bremen.** Das Stoffbanner an der Fassade der Hochschule Bremen zeugt von einem monatelangen Streit. „Die Zivilklausel einhalten“ lautet die Forderung in großen Buchstaben. Die Kritik bezieht sich auf einen Kooperationsvertrag der Hochschule Bremen mit der Bundeswehr für einen dualen Studiengang für Informatikerinnen. Nach Ansicht des Allgemeinen Studierendenausschusses (Asta) verstößt der Vertrag gegen die Zivilklausel der Hochschule. Diese besagt, dass Studium, Lehre und Forschung „ausschließlich friedlichen Zwecken“ dienen und Projekte mit militärischer Nutzung abgelehnt werden sollen. Ein neues Rechtsgutachten unterstützt nun diese Kritik. Der Kasserler Rechtsanwalt Bernd Hoppe wurde von dem Verein „NaturwissenschaftlerInnen-Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ (Natwiss) beauftragt, den Fall zu prüfen. Er kommt zu dem Schluss: Die Kooperation mit der Bundeswehr verstößt gegen die Zivilklausel.

Damit widerspricht das Gutachten einer Einschätzung des Bremer Justizsenators. Im Kern steht die Auslegung des Begriffes „friedlich“. Der Begriff werde im Grundge-

setz unterschiedlich verwendet, daher müsse definiert werden, was damit gemeint ist, erklärte Hoppe am Montag. Dem Justizsenator zufolge sei „unfriedlich“ nicht dasselbe wie „militärisch“. Denn der Zweck der Bundeswehr sei nach dem Grundgesetz friedlich, da sie nur zur Verteidigung oder für die kollektive Sicherheit eingesetzt werden dürfe. Zudem würden in dem Studiengang nicht Soldatinnen, sondern Verwaltungsbeamtinnen ausgebildet.

Nach Ansicht des Rechtswaltes ist diese Auslegung nicht korrekt. Hoppe zufolge zeige die Entstehungsgeschichte der Zivilklausel, dass sie sich gegen „militärische“ Zwecke richtet. Das Wort werde in der Klausel sogar verwendet. Die Hochschule Bremen hat die Selbstverpflichtung 2012 beschlossen – an der Universität Bremen gibt es schon seit 1986 eine Zivilklausel. Seit 2015 ist sie auch im Bremischen Hochschulgesetz verankert. Es sei klar, dass die Bundeswehr keine „ausschließlich friedlichen Zwecke“ verfolgen, sagte Hoppe. Mit der Begründung des Justizsenators könne man an der Hochschu-

le alle möglichen Rüstungsprojekte rechtfertigen. Die Studierenden des Asta planen nun gemeinsam mit dem Bund der Antifaschisten (VVN-BDA), der Initiative „Putz und Rosen“ und der Bremischen Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung eine Plakat-Aktion vom 11. bis 21. November in der Faulenstraße. Sie soll sich neben dem Kooperationsvertrag auch gegen die „verharmlosende Werbewelle“ der Bundeswehr richten. Paulina Schade vom Asta kritisierte den mit acht Millionen Euro finanzierten neuen YouTube-Kanal der Bundeswehr: Werbeslogans wie „Ab November wird draußen gespielt“ bezögen sich auf „Ballerspiele“ und seien Verherrlichung.

Der Asta hat zudem eine Petition für die Absicherung der Zivilklausel gestartet. Am Montag hatten 262 Personen unterzeichnet, darunter sind 75 Hochschullehrer und Wissenschaftler sowie mehrere Vertreter der Partei Die Linke. Mit der Petition setzen sie sich für mehr friedenspolitische Konzepte in Forschung, Studium und Lehre ein, zum Bei-

spiel gezielte Veranstaltungen zur Analyse von Kriegsursachen und gewaltfreien Konfliktlösungen.

Miriam Strunge, hochschulpolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion der Linken, forderte am Montag anlässlich des neuen Gutachtens, den Kooperationsvertrag aufzulösen. Die Zivilklausel an der Hochschule Bremen sei 2012 beschlossen worden, als ein Forschungsprojekt des Bundesverteidigungsministeriums an der Universität bekannt wurde – sie solle daher eindeutig die Armee aus Forschung und Lehre heraushalten. „Wer friedlich forschen und lehren will, darf die Bundeswehr nicht zum Partner machen“, so Strunge.

Sollten die senatorische Behörde und die Hochschule nicht auf das Gutachten reagieren, sei eine Klage möglich, sagt Rechtsanwalt Bernd Hoppe. Dafür müsse aber zuerst geklärt werden, wer klageberechtigt ist. Denkbar sei der Asta der Hochschule Bremen oder eine Einzelperson. Aus dem Büro des Justizsenators hieß es am Montag, eine Stellungnahme zu dem Gutachten sei nicht geplant. Bei der Senatorin für Wissenschaft liegt das Papier noch nicht vor, man werde sich aber damit auseinandersetzen, teilte eine Sprecherin mit.



Paulina Schade, Asta  
FOTO: GERBRACHT